

Vinzent Rest

Stadt und Demokratie

Gentrification als postdemokratischer Moment

Beitrag Momentum 2012 / Track #9

Stadt und Demokratie

Städte als Arenen postdemokratischer Entwicklung

Abstract:

Colin Crouch führt in Postdemokratie aus, wie sich die Kommerzialisierung von öffentlichen Leistungen als Herzstück einer postdemokratischen Entwicklung gestaltet. Nachdem sich die Demokratie nach Ende des zweiten Weltkrieges als politisches System etablierte, ging man von getrennt und nebeneinander existierenden Sphären marktwirtschaftlicher und öffentlicher Sektor bzw. Staat aus. Mit der Abgrenzung von öffentlichen Leistungen von marktwirtschaftlichen Überlegungen wurde der Bedeutung sozialer Rechte von Bürgerinnen und Bürgern und der Sicherstellung einer gewissen Qualität dieser Rechnung getragen. Mit der Abkehr vom sozialdemokratisch-keynesianischen Modell Anfang der 1970er Jahren wurde allerdings damit begonnen den öffentlichen Sektor nach marktwirtschaftlichen Prinzipien zu orientieren und das primäre Ziel der Versorgung dem des Profits zu unterwerfen. Städte werden immer mehr als für die Wirtschaft relevante Akteure betrachtet und sind daher verstärkt zum Objekt kommerziellen Interesses geworden. Es stellt sich die Frage, inwieweit sich durch damit verbundene Prozesse die soziale Zusammensetzung und der Charakter von Städten verändert hat. Die Stadtsoziologie spricht von Gentrification, wenn die Rede vom Zuzug von Besserverdienenden und Menschen mit höherem Bildungsstatus in Stadtviertel, die traditionell einen hohen Anteil von Niedrigverdienenden und dadurch auch niedrige Mieten aufweisen, ist. Dieser Prozess führt zu einer Revitalisierung (sprich: Verschönerung der Gebäude, Ausbau der Infrastruktur, etc.) jener Viertel, die meist mit einem Anstieg der Mietpreise einhergeht, der die ursprüngliche Viertelpopulation zum Umzug zwingt. Es stellt sich die Frage, ob diese demographische Veränderung als postdemokratischer Prozess zu deuten ist, da die Revitalisierung eine oft eine gewinnversprechende Investition darstellt, und somit Stadtpolitik und deren Akteure verstärkt in den Fokus von privatwirtschaftlichen Interessen und Lobbying rückt. In weiterer Folge soll geklärt werden, wie sich Kommerzialisierungsprozesse auf das Stadtgefüge und ausgewirkt haben. Die Rolle der Stadt als Arena der Postdemokratie soll dabei beleuchtet werden

Einleitung: Postdemokratie und öffentliches Leben

Postdemokratie bezeichnet den Zustand einer westlichen Demokratie, deren politisches System sich verstärkt an einer neoliberalen Marktlogik orientiert. Wahlkämpfe werden zu Marketingschlachten verschiedener Proponenten der Werbeindustrie (vgl. Crouch 2004, 30) Unternehmen und Konzerne beginnen politische Entscheidungsprozesse verstärkt zu beeinflussen, während Bürger/innen ihres politisch partizipierenden Charakters beraubt werden und zu Konsumierenden von, unter Einfluss von verschiedenen wirtschaftlichen Interessen erstellten, Programmen von Parteien, die sich – ähnlich wie Unternehmen – in einem Wettbewerb um Stimmen befinden, verkommen. Das politische System verschiebt sich auf diese Weise von einer Nachfrage- auf eine Angebotsorien-

tierung, da die Bürger/innen nicht mehr die politischen Inputs liefern, sondern lediglich den Output mit ihrer Stimme bewerten (vgl. Ritz/Schaal 2010, 10/12).

Colin Crouch geht in Postdemokratie ausführlich auf Reformen im Bereich des öffentlichen Sektors, die in den 1970er- und 1980er-Jahren des vorigen Jahrhunderts langsam einsetzen. Demnach galten das politische und die wirtschaftliche Gefüge bis weit in die zweite Hälfte des 20. Jahrhunderts als unterschiedlich und autonom von einander funktionierende Sphären. Im Zentrum dieser Unterscheidung stand die Meinung, dass besonders das Sozialsystem von marktwirtschaftlichen Maximen wie dem Profitstreben oder der Bewertung nach monetären Effizienzkriterien weitestgehend unbeeinflusst bleiben sollte. Dieser politischer Konsens rührt aus der Zeit des Industriekapitalismus und gilt als eine der größten Errungenschaften der sich damals erstmals formierenden Arbeiter- und Arbeiterinnenbewegung. Sozialleistungen zeichnen sich dadurch aus, dass sie von einer großen Zahl von Menschen in Anspruch genommen werden und zudem schwer durch andere „Güter“ substituierbar sind. Aufgrund der daraus resultierenden großen Gewinnmöglichkeiten sind sie für eine kommerzielle Ausschachtung von Seiten der Privatwirtschaft entsprechend attraktiv (vgl. Crouch 2004, 104-107).

Der Kapitalismus zeichnet sich laut Crouch gerade dadurch aus, dass er nicht nur *„neue Waren und Produktionsmethoden entwickelt, sondern auch dadurch, dass er (...) immer weitere Lebensbereiche unter seinen Einfluß (sic!) bringt“* (Crouch 2004, 103f). Dieser Prozess, in dem der Markt immer mehr neue Bereiche als handelbare Waren für sich entdeckt, wird als Kommodifizierung bezeichnet. Die fortschreitende Kommodifizierung führt dazu, dass jene historisch gewachsenen und teils informell getroffenen gesellschaftlichen Vereinbarungen mehr und mehr an Wirksamkeit verlieren (vgl. Crouch 2004, 101-104).

Im öffentlichen Sektor zeigt sich diese Entwicklung durch das Übernehmen klassisch privatwirtschaftlicher Management-Methoden in öffentlichen oder staatsnahen Unternehmen, eine Strategie, die unter dem Begriff *New Public Management* zusammengefasst wird. Gleichzeitig soll es durch *Public-Private-Partnerships* auch ermöglicht wer-

den, dass private Unternehmen in vormals öffentlichen Segmenten Fuß fassen, was meist durch Teilprivatisierung von öffentlichen Dienstleistern erfolgt. Wenn aufgrund dessen Bevölkerungsgruppen den Zugang zu bestimmten Leistungen verlieren bzw. deren Qualität sinkt, stellen sie keine Anspruchsgruppe mehr dar. Auf diese Weise werde ihre demokratischen Mitbestimmungsrechte, die sie bei öffentlichen Unternehmen zumindest indirekt besitzen, stark beschnitten (vgl. Crouch 2004, 114).

Die neoliberale Wende, die durch die Forderung nach der Beseitigung von transnationalen Handelshemmnissen zum „*wesentlichen Motor der Globalisierung*“ (Mullis 2009, 1) wurde, führte zu einer Aufweichung der Regulierungsmacht der staatlichen Einheiten in der internationalen Wirtschaft. Mit der Deregulierung von einstigen staatlichen Domänen in der Wirtschafts-, Sozial- und Strukturpolitik trat auch ein Weitergeben der Verantwortlichkeit an die jeweils untergeordnete Verwaltungseinheit ein. Der Globalisierung von internationalen Waren- und Kapitalströmen zum Trotz, kam es so paradoxerweise zu einer Aufwertung der lokalen Kommunen und städtischen Verwaltung (vgl. Mullis 2009, 1). Man spricht in diesem Zusammenhang von auch von einer *Glokalisierung*, demzufolge nicht von einer Bipolarität von globalen und lokalen Erscheinungen die Rede sein kann, sondern viel mehr von einer Adaption global gewordener Phänomene auf lokaler Ebene. Das Lokale ist daher ein integraler Bestandteil von Globalisierung, besonders auf die soziokulturelle Dimension bezogen und nicht zuletzt aufgrund der Tatsache, dass urbane Räume angesichts abnehmender Bedeutung nationaler Volkswirtschaften gegenüber der Weltwirtschaft zu zentralen Entscheidungsplätzen werden (vgl. Robertson 2005; Smith 2002, 430).

Städte als Marktakteure

Städte haben als geographische und politische, aber auch soziale Arenen, eine besonders interessante Stellung im staatlichen Gefüge. Für den Kapitalismus spielen und spielten sie insofern eine tragende Rolle, da der Kapitalismus in seiner ständigen Suche nach neuem Kapitalakkumulationspotenzial in der Urbanisierung, in seiner Tendenz zur Konzentration von Arbeitskraft und Produktion, eine tragende Säule fand. Urbanisierung

und Kapitalismus stehen daher in starker Synergie zueinander. Traditionell kapitalistischer Städtebau zeichnete sich auch durch die Trennung von Funktionen innerhalb der Stadt (etwa Dienstleistungen, Wohngebiete, Industrie, etc.) aus, der auch zu sozialer Segregation führte (vgl. Harvey 2008, 24/28). Die Forderung an die Stadtplanung zur Anpassung an die ständig wechselnden Anforderungen der kapitalistischen Expansion in der Stadt, die dieser kaum nachkommen kann, lässt sich auch etwa anhand von unterschiedlichen Bausubstanzen, die sich in unterschiedlichen Wohngebieten je nach sozialer Herkunft der Bewohner/innen unterscheiden (vgl. Mullis 2009, 12).

Bei der Übertragung neoliberaler Praktiken auf die praktische Stadtpolitik bzw. -gestaltung gilt es daher gewisse Spezifika herauszuarbeiten, die sich auf staatlicher Ebene in dieser Form nicht bzw. anders darboten. Dies machen etwa Brenner und Theodore mit ihrem Konzept eines *actually existing Neoliberalism*, den sie auf Städte anwenden. Dieser beachtet im Besonderen (a) politisch-wirtschaftliche Spezifika von nationalstaatlichen Institutionen aus der Ära des Keynesianismus, (b) die Auswirkungen der Systemkrise des Keynesianismus in den 1970er-Jahre sowie daraus resultierende soziale Konflikte und geographisch ungleiche Entwicklungen, (c) die Interaktion von neoliberalen Initiativen mit den oben genannten politischen Institutionen sowie (d) die Entwicklung der neoliberalen Agenda im Kontext komplexer politischer Bedingungen, Regulierungsmechanismen und Machtstrukturen (vgl. Brenner/Theodore 2002, 357; Mullis 2009, 9). David Harvey sieht in der Übertragung neoliberaler Marktlogik auf städtische Verwaltungsprozesse einen Übergang von der *managerial* zur *entrepreneurialist city*, sprich zur unternehmerischen Stadt. Demzufolge sind Städte sehr viel mehr aus eigenem Antrieb aktiver, wenn es darum geht Industrie- und Dienstleistungsunternehmen in die Region zu locken, als dies davor der Fall war. Hinzu kommen auch verstärkte *public-private*-Partnerschaften und die Betonung auf die Region bzw. das Umland der Stadt in der Vermarktung einer Stadt. Die *unternehmerische* Stadt, muss sich wie Unternehmen in einem Wettbewerb gegen andere Städte und Stadtregionen durchsetzen (vgl. Harvey 1989, 4f).

Die reduzierte Sicht auf Städte als eindimensionale Akteure mit kohärenten Zielen kann jedoch als problematisch betrachtet werden. Städte sind in erster Linie Lebensraum für unterschiedliche Menschen aus unterschiedlichen sozialen und Bildungsschichten, wodurch eine einheitliche Interessenslage unwahrscheinlich wird. Zudem widerspricht auch ein Prozess der internen Fragmentierung, etwa durch die steigende Anerkennung von Nachbarschaften als Funktionseinheiten (vgl. Harvey 1989, 5-7).

Die neoliberale unternehmerische Stadt

Unternehmerische Städte müssen demnach komparative (Standort)Vorteile entsprechend ausnützen. Solche Vorteile können sich einerseits auf die geographische Lage bzw. natürliche Ressourcen beziehen, oder aber durch Investitionen in *Humankapital* geschaffen werden, welche Städte in weiterer Folge für entsprechende Industrien bzw. Institutionen attraktiv machen können. In den letzten Jahren bzw. Jahrzehnten gewann eine weitere Komponente an Bedeutung, nämlich die kommerzielle Ausschlichtung bzw. Nutzung von Konsum für Städte. Die Stadt setzt dabei darauf, sich selbst als Konsumgut zu präsentieren, wobei Aspekte wie etwa Lebensqualität oder *good business climate* als Produkte vermarktet werden. Dieser Prozess wird auch durch den Prozess immer kürzer werdender Transportwege beschleunigt, weil somit geographische Aspekte an Bedeutung verloren haben (vgl. Harvey 1989, 8-10; Harvey 2008, 31). Harvey bestätigt somit indirekt Crouchs These, wonach Staatsbürger/innen sich immer mehr zu Konsumierenden wandeln. Als Phänomen der jüngeren Vergangenheit gilt es den *new urbanism* zu erwähnen, der den *lifestyle*-Aspekt des Wohnens besonders unterstreicht und Wohnen zudem entpolitisiert, und so seinen Beitrag zur Exklusion marginalisierter Gruppen in der Stadt leistet (vgl. Harvey 2008, 32).

Ein weiteres Unternehmens- bzw. Unternehmerkonzept ist konstitutiv für das Idealbild der neoliberalen Stadt, nämlich der Schumpeter'sche Begriff der kreativen Zerstörung. Dieser Prozess trifft meist die bereits marginalisierten innerstädtischen Gruppen am härtesten, da der Kapitalakkumulation durch indirekte Enteignung, etwa durch Revitalisierung von Wohnvierteln, etwa durch öffentlich angeordneten Abriss von Gebäuden

oder aus Stadtviertelaufwertung resultierenden erhöhten Mietpreisen (vgl. Harvey 2008, 33f). Brenner und Theodore beschreiben *urban creative destruction* folgendermaßen:

„(...) (partial) destruction of extant institutional arrangements and political compromises through market-oriented reform initiatives; and the (tendential) creation of a new infrastructure for market-oriented economic growth, commodification, and the rule of capital.“ (Brenner/Theodore 2002, 362).

<p><i>Transformations of the built environment and urban form</i></p>	<ul style="list-style-type: none"> • Elimination and/or intensified surveillance of urban public spaces • Destruction of traditional working-class neighborhoods in order to make way for speculative redevelopment • Retreat from community-oriented planning initiatives 	<ul style="list-style-type: none"> • Creation of new privatized spaces of elite/corporate consumption • Construction of large-scale megaprojects intended to attract corporate investment and reconfigure local land-use patterns • Creation of gated communities, urban enclaves, and other “purified” spaces of social reproduction • “Rolling forward” of the gentrification frontier and the intensification of sociospatial polarization • Adoption of the principle of “highest and best use” as the basis for major land-use planning decisions
---	---	---

Abb. 1: *Destructive and Creative Moments of Neoliberal Localization* (Brenner/Theodore 2002, 369)

Wohnpolitik und Gentrification

Wohnpolitik ist Sozialpolitik und das *Gut* Wohnen ist charakteristisch für andere Sozialleistungen: es hat eine große Anzahl von Konsument/innen und ist gleichzeitig schwer bis gar nicht substituierbar (vgl. Bertel et al. 2006, 50). Seit den 1980er-Jahren sind in-

nerhalb der EU (1) Rückzug des Staates und Anreize für private Investitionen in Immobilien, (2) Privatisierung von öffentlichen Sozialwohnungen, (3) Förderung des Erwerbs von Eigentumswohnungen, (4) Liberalisierung der Mietpreispolitik, (5) Dezentralisierung hin zu kommunaler Verantwortung im Bereich Wohnpolitik, allerdings auch (6) (zeitweiser) Anstieg des Anteils von gemeinnützigen Bauträgern, welcher allerdings während der vergangenen Jahre stark abgenommen hat und (7) Ausbau der Wohnsubjektbeihilfen als Trends feststellbar (vgl. ÖGPP 2008, 32-35). Eine ähnliche Entwicklung fand auch in Nordamerika statt, wo die Privatwirtschaft während der 1990er-Jahre den Immobilienmarkt für sich entdeckte und in weiterer Folge der Anteil von Eigentumswohnungen stark zunahm. Auf die Suburbanisierung der vorhergehenden Jahrzehnte folgte eine Re-Urbanisierung, die mit gleichzeitigem Anstieg des Kreditvolumens an die innerstädtische Bevölkerung einherging (vgl. Wyly/Hammel 2002, 3f).

Durch die zunehmende Bedeutung von privatem Wohnbau verlieren Städte allerdings nach und nach Gestaltungsrahmen und sind somit in ihrem regulativen Aktionsradius stark eingeschränkt. Zudem ist wenig Interesse an langfristigen Investitionen erkennbar, wodurch bereits jetzt zahlreiche Mängel in der Bausubstanz und bei Renovierungen feststellbar wird (vgl. ÖGPP 2008, 38f). Dies trifft überproportional einkommensschwache Bevölkerungsgruppen. Durch die Privatisierung des sozialen Wohnbaus zeigen sich vor allem in jenen Nachbarschaften steigendes Investitionsvolumen, die von *Gentrification* betroffen sind (vgl. Wyly/Hammel 2002, 30).

Als *Gentrification* wird jener Prozess bezeichnet, in dem Nachbarschaften, die traditionell ein niedriges Medieneinkommen und geringes Investitionsvolumen aufwiesen, mit Zuzug von Besserverdienenden konfrontiert werden. Die britische Soziologin Ruth Glass verwendete den Begriff erstmals 1964, um die soziale Dynamik am Wohnungsmarkt ihres Heimatviertels Islington in London zu beschreiben:

„Once this process of ‚gentrification‘ starts in a district it goes on rapidly until all or most of the original working-class occupiers are displaced and the whole social character of the district is changed.“ (Glass 1964, 18)

Den *Gentrifizierenden* wird eine stark ausgeprägte Konsumkultur und eine Sehnsucht nach Authentizität und Ästhetik unterstellt, welche sie nur in traditionellen Arbeiter/innenvierteln zu moderaten Preisen finden (vgl. Unbekannt 1995, 172). Der kanadische Geograph David Ley unterstellt eine wellenförmige Entwicklung von *Gentrification*, indem er die *Gentrifiers* aus unterschiedlichen sozialen Gruppen temporär in aufeinander folgende Zuzugswellen einteilt.

„The first wave consisted of young professionals committed to downtown mixed neighbourhoods. They didn't have much money but were self-reliant. They fixed up houses, made connections with neighbours, and joined in community action. They were social workers and in other social services, in the arts, academics, some doctors and lawyers They were progressive but not necessarily far left. Reform leadership consisted of first-wave gentrifiers. What they shared in common was a concern for neighbourhoods and the quality of life. The second wave were those drawn by real estate deals and a spicy neighbourhood. They wanted to hasten the rooming-house transition and gentrification.“ (Ley 1996, 290)

Neil Smith sieht *Gentrification* als Teilprozess eines urbanen Wandlungsprozess hin zum *revanchist urbanism* (vgl. Smith 2002, 427), ähnlich dem Konzept Harveys der *entrepreneurial city*. Charakteristika der *revanchist city* sind etwa die starke Ausrichtung auf die lokale Wirtschaft bei gleichzeitiger Aufgabe sozialpolitischer Ziele sowie die Übernahme privatwirtschaftlicher Effizienzmaximen für die öffentliche Verwaltung, soziale Reproduktion durch Import von *Humankapital* statt Investitionen in Bildung sowie Repression durch Polizeikräfte zur Erhaltung der öffentlichen Ordnung (was im Neoliberalismus meist der Sicherung von Eigentumsrechten gleichkommt) (vgl. Smith 2002, 427-429). Er sieht einen historischen Prozess mit unterschiedlichen Ausformungen von *Gentrification*, wobei er vor allem die sich wandelnde Rolle der öffentlichen Verwaltung betont, die im Verlauf der Zeit eine aktive Rolle bei der Durchsetzung von *Gentrification* eingenommen hat. Grund dafür ist nicht zuletzt auch die vom Neoliberalismus propagierte engere Zusammenarbeit der öffentlichen Verwaltung mit privaten Unternehmen bzw. die vollständige Auslagerung von öffentlichen Dienstleistungen an diese. Er betont

zudem, dass *Gentrification* in seiner derzeitigen Ausformung keinesfalls nur auf den Wohnaspekt abzielt, sondern viel mehr eine vollständige Konsumstruktur mit starker sozialer Distinktion für die *Gentrifiers* zur Verfügung zu stellen sucht (vgl. Smith 2002, 439f-443).

Conclusio

Durch die Aufgabe öffentlicher Verantwortung zugunsten Privater verändern sich die Zugangsbestimmungen für zahlreiche Dienstleistungen. In vielen Fällen kann das bedeuten, dass Menschen den Zugang vollständig verlieren oder es ihnen nur durch den Einsatz von höheren ökonomischen Ressourcen möglich bleibt. Dadurch verschiebt sich die Entscheidungsgewalt zugunsten jener, welche höhere ökonomische Mittel besitzen. Auf diese Weise wird öffentliche Demokratie geradezu ausgehebelt. Durch das gestiegene Interesse vieler Stadtverwaltungen an (privaten) Investitionen in Wohnbau wird zudem der Fokus von Wohnbau auf Wohnungen für finanziell Bessergestellte, die bereit und ökonomisch fähig dazu sind jene Investitionen zu tätigen, verschoben. Ein weiteres Merkmal ist die ausgeprägte Konsumorientierung, da bei *Gentrification* meist mit der *Revitalisierung* eines Stadtviertels ein Infrastrukturaufbau zu Konsumzwecken einhergeht. In dieser Vorgangsweise ist ein kapitalistisches Axiom einer ständig fortschreitenden Kommodifizierung und Kommerzialisierung des Lebens der Menschen reflektiert.

Literaturverzeichnis:

BARTEL, RAINER; ET AL.: *Für eine soziale Wohnwirtschaft*. In: Kurswechsel 3/2006. Zeitschrift für gesellschafts-, wirtschafts- und umweltpolitische Alternativen, 50-58.

BRENNER, NEIL/THEODORE, NIK (2002): *Cities and Geographies of ‚Actually Existing Neoliberalism‘*. In: Antipode 34 (3). A Radical Journal of Geography. 349-379.

CROUCH, COLIN (2008): *Postdemokratie*. Frankfurt am Main: Suhrkamp.

GLASS, RUTH (1964): *London: Aspects of Change*. London: Centre for Urban Studies and MacGibbon and Kee

HARVEY, DAVID (2008): *The right to the city*. In: New Left Review (53), 23-40

HARVEY, DAVID (1989): *From Managerialism to Entrepreneurialism: The Transformation of Urban Governance in Late Capitalism*. In: Geografiska Annaler 71 (1). Series B, Human Geography, 3-17.

LEY, DAVID (1996): *The New Middle Class and the Remaking of the Central City*. Oxford: University University Press.

MULLIS, DANIEL (2009): ‚Neoliberale Stadt‘ – Entwicklungen und Folgen einer neoliberalen Stadtpolitik. Online unter: <http://static.twoday.net/rageo/files/NeoliberaleStadt.pdf> (aufgerufen am 4. September 2012)

ÖSTERREICHISCHE GESELLSCHAFT FÜR POLITIKBERATUNG UND POLITIKENTWICKLUNG (2008): *Privatisierung und Liberalisierung kommunaler Dienstleistungen in der EU*. Wien: ÖGPP.

RITZI, CLAUDIA/SCHAAL, GARY (2010): *Politische Führung in der ‚Postdemokratie‘*. In: Aus Politik und Zeitgeschichte 2-3, 9-15. Bonn: Bundeszentrale für politische Bildung.

ROBERTSON, ROLAND (2005): *The conceptual promise of glocalization: commonality and diversity*. In: ART-e-FACT: STRATEGIES OF RESISTANCE. An online magazine for contemporary art & culture. Online unter: http://artefact.mi2.hr/_a04/lang_en/theory_robertson_en.htm (aufgerufen am 10. September 2012)

SMITH, NEIL (2002): *New Globalism, New Urbanism: Gentrification as Global Urban Strategy*. In: Antipode 34 (3). A Radical Journal of Geography. 427-450.

UNBEKANNT (1995): *Gentrification*. In: Current Sociology (43), 173-182.

WYLY, ELVIN K./HAMMEL, DANIEL J. (2002): *Neoliberal Housing Policy and the Gentrification of the American Urban System*. Vancouver (BC): University of British Columbia.